



Für eine menschenfreundliche, zukunftsfähige Finanzpolitik

Ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung hat in den vergangenen Jahren einen enormen Kaufkraftverlust erlitten. Mit den US-Zöllen und den Kriegsfolgen (z. B. durch den steigenden Benzinpreis und die damit verbundenen höheren Logistikkosten) kommen weitere, noch nicht abschätzbar hohe Belastungen hinzu.

Die Delegiertenversammlung der SP60+ fordert, dass die Schuldenbremse revidiert werden muss, da sie die Umsetzung sozialdemokratischer Politik verhindert. Das Kernstück der [Schuldenbremse](#) auf Bundesebene ist die sogenannte Ausgabenregel. Diese besagt, dass die jährlich zulässigen Ausgaben an die ordentlichen Einnahmen gebunden sind. Fehlbeträge müssen dem sogenannten Amortisationskonto belastet und in den Folgejahren im ordentlichen Haushalt kompensiert werden. Diese letzte Regel wurde erst 2009 unter dem Titel «Ergänzungsregel» eingeführt. Die Schuldenbremse führt damit zu einem Abbau der nominellen Schuld, was ökonomisch unsinnig ist.

Die AHV-Finanzierung einseitig mit Erhöhungen der Mehrwertsteuer- und der Lohnprozente zu finanzieren, sowie andere notwendige soziale und ökologische Vorhaben zu verzögern, lehnt die SP60+ kategorisch ab. Auch das aktuelle Entlastungspaket schadet weiten Kreisen. Die «reiche Schweiz» muss jetzt endlich ihren Beitrag an eine solidarische Gesellschaft leisten.

Die SP60+ fordert mit hoher Dringlichkeit,

- die Schuldenbremse mindestens zu flexibilisieren – die Ergänzungsregel von 2009 muss wegfallen – und auch die Debatte über deren Abschaffung zu Gunsten einer menschenwürdigen Sozialpolitik zu führen.
- Reichtum höher zu besteuern, um Gelder für soziale Verpflichtungen wie die Umsetzung der Pflege-Initiative oder die Finanzierung der AHV, nicht weiter zu verhindern.
- einen solidarischen Finanzsektor, der seinen Beitrag an das Gemeinwohl leistet.
- eine massvolle Abschöpfung entstandener Immobilienprofite durch eine nationale Grundstückgewinnsteuer.
- die Lancierung einer massvollen nationalen Erbschaftssteuer, um das Einnahmepotenzial der jährlich rund 100 Milliarden Franken, die steuerfrei vererbt, nicht brachliegen zu lassen.
- ein Massnahmenpaket zur Senkung der Gesundheitsausgaben für Haushalte; insbesondere sollen eine öffentliche Einheitskasse den Wildwuchs der bestehenden Krankenkassen ablösen und die Pharmapreise auf das europäische Niveau angepasst werden.
- regelmässige Überprüfung der Mieten –so wird das geltende Recht durchgesetzt und Immobilienkonzerne können die Mieten nicht mehr laufend erhöhen.
- die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung für mehr Fairness inklusive Aufhebung des Schweiz-internen Bankgeheimnisses.

Sensibilisierung und konsequente und klare politische Kommunikation

Die SP60+ erwartet von der SP Schweiz und der Schweizer Politik im Allgemeinen eine proaktive öffentliche Kommunikation gegenüber der Bevölkerung hinsichtlich Finanzpolitik. Die Blockaden der rechten Parteien sollen offengelegt werden. Die finanziellen Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung muss klar verständlich kommuniziert werden. Die notorische Schlechtdarstellung des Jahresbudgets durch das Eidgenössische Finanzdepartement erfolgt aus taktischen Gründen. Es soll die Sparpolitik beliebt machen. Die SP60+ lehnt diese undemokratische Irreführung genauso ab, wie die neoliberale Steuerpolitik zugunsten des Kapitals, der Vermögenden und der Unternehmen, die zu korrigieren ist.